Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4762**

16. Wahlperiode 21. 03. 2007

Antrag

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Cornelia Behm, Kai Gehring, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Dr. Reinhard Loske, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Deutsches Mobilfunk Forschungsprogramm fortsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Mobilfunktechnologie ist in der Bevölkerung weit verbreitet und hat sich zu einem wichtigen Bestandteil im Wirtschaftsleben wie im Leben jedes und jeder Einzelnen entwickelt. In der Öffentlichkeit stehen die möglichen gesundheitlichen Gefährdungen durch elektromagnetische Felder im Blickpunkt.

Einen sehr wichtigen Beitrag zur Erforschung der möglichen Gefährdungen der Gesundheit durch Mobilfunkstrahlung, aber auch in der öffentlichen Vermittlung des festgestellten Gefährdungspotentials liefert das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) initiierte Deutsche Mobilfunk Forschungsprogramm (DMF). Es wird seit 2002 vom BfS im Rahmen des Umweltforschungsplans des BMU betreut. Die im Rahmen der Selbstverpflichtung von den deutschen Mobilfunknetzbetreibern zugesagten Finanzmittel zur Unterstützung der Forschung wurden dem BfS zur Erweiterung des Forschungsschwerpunktes zur Verfügung gestellt, es besteht aber kein inhaltlicher Einfluss der Mobilfunknetzbetreiber auf Themen und Bearbeitung des DMF.

Im Zeitraum von 2002 bis voraussichtlich Ende 2007 werden im Rahmen des DMF über 50 Forschungsvorhaben in den Disziplinen Biologie, Dosimetrie, Epidemiologie und Risikokommunikation durchgeführt. Der Ansatz ist breit gefasst und geht zum Teil über den derzeit genutzten GSM- und UMTS-Standard hinaus. Die Bewertung des Deutschen Mobilfunk-Forschungsprogramms wird nach Abschluss aller Forschungsvorhaben voraussichtlich im Frühjahr 2008 veröffentlicht.

Ziel des Forschungsprogramms ist es, die bestehenden Unsicherheiten bei der Bewertung der Risiken elektromagnetischer Felder zu verringern. Dazu werden grundsätzliche biologische Wirkungen und Mechanismen von schwachen hochfrequenten elektromagnetischen Feldern wissenschaftlich erforscht und deren gesundheitliche Relevanz unter Einbeziehung internationaler Forschungsergebnisse bewertet. Das DMF ist Bestandteil des internationalen EMF-Projektes der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und liefert einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Risikobewertung von hochfrequenten elektromagnetischen Feldern.

Schon die bisherigen Untersuchungen im Rahmen des Deutsches Mobilfunk Forschungsprogramms haben den wissenschaftlichen Kenntnisstand vertieft und zur Klärung offener Fragen über gesundheitliche Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung beigetragen. Es wird aber deutlich, dass im Rahmen des bis 2007 laufenden Programms nicht alle offenen Fragen geklärt werden können. Zusätzlich führte der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn zu weiteren Fragen, die nun zu beantworten sind. Vor allem besteht weiterhin ein hoher Forschungsbedarf im Hinblick auf die Erforschung der altersabhängigen Wirkungen. Die längere Nutzungszeit der Technologien ermöglicht außerdem die verstärkte Erforschung möglicher Langfristwirkungen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sofort Gespräche mit den Mobilfunknetzbetreibern aufzunehmen mit dem Ziel, eine entsprechende Finanzierungsbeteiligung der Netzbetreiber sicherzustellen, um eine lückenlose Fortsetzung des erfolgreichen Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms (DMF) zu ermöglichen. Schwerpunkte sollten dabei sein:
  - Erforschung altersabhängiger Wirkungen auf den Menschen,
  - Erforschung langfristiger Wirkungen auf den Menschen,
  - Erforschung der Wirkung auf Flora und Fauna;
- eigene finanzielle Mittel in der Höhe von mindestens fünf Mio. Euro für den Zeitraum 2008 bis 2012, für die Fortsetzung des DMF bereitzustellen. Das bisherige paritätische Finanzierungsmodell des DMF soll fortgesetzt werden.

Berlin, den 21. März 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333